

## POSITIONSPAPIER

### Fortsetzung der Initiative „JUGEND STÄRKEN“ jetzt sichern – Bundesweite Programme der Jugendsozialarbeit über 2011 hinaus erhalten

Die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert umfangreich notwendige Unterstützungsangebote der Jugendhilfe zur sozialen und beruflichen Integration benachteiligter junger Menschen. Die im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit zusammengeschlossenen Organisationen begrüßen, dass mit dieser Initiative die Situation junger Menschen mit schlechten Startvoraussetzungen sowie die Stärkung der Jugendsozialarbeit in den Fokus der Jugendpolitik gerückt wurden.

In der Zusammenarbeit von fünf verschiedenen Programmen, die im Wesentlichen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) (ko-)finanziert werden, ist nun die Grundlage für ein Netzwerk von abgestimmten Angeboten und Strukturen der Jugendsozialarbeit an über 1.000 Standorten geschaffen worden, das die kommunale Jugendsozialarbeit allein so nicht gewährleisten könnte.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit spricht sich deshalb nachdrücklich dafür aus, diese neuen kommunalen Strukturen nicht zu gefährden und auch nach dem Auslaufen der aktuellen ESF-Förderphase im Jahre 2011 alle fünf Programme unter dem Dach des BMFSFJ im Rahmen der Jugendhilfe fortzusetzen. Darin sehen wir auch eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der neuen europäischen Jugendstrategie. Allen jungen Menschen die Integration in einen Beruf sowie ein selbstständiges Leben zu ermöglichen, ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung für die kommenden Jahre, die nur in enger Zusammenarbeit vieler Akteure und der unterschiedlichen staatlichen Ebenen zu bewältigen ist.

Durch ihre Träger vor Ort setzen die im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit zusammengeschlossenen sieben bundesweiten Organisationen diese Programme fachlich abgesichert um. Wir begrüßen es daher sehr, dass sich das BMFSFJ dafür ausspricht, die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ möglichst langfristig und umfänglich weiter zu führen, und werden dieses Anliegen aktiv unterstützen. Vorrangig klärungsbedürftig ist derzeit vor allem die Wei-



terführung der beiden Programme „Kompetenzagenturen“ (mit 204 Standorten) sowie „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ (mit 192 Standorten) bis 2013 und auch darüber hinaus:

- ❖ Kinder und Jugendliche, die nicht mehr oder nur unregelmäßig zur Schule gehen, bleiben häufig ohne Schulabschluss und somit chancenlos, wenn es um den Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben mit Erwerbsarbeit geht. Das Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ bietet jungen Menschen in dieser Situation erfolgreich Hilfe und Unterstützung, indem sie wieder in den Schulalltag integriert werden und ihnen so auch der Beginn einer Ausbildung ermöglicht wird. Das Programm dient ebenfalls in hervorragender Weise dazu, die verschiedenen Akteure vor Ort für das Thema Schulverweigerung nachhaltig zu sensibilisieren, zu qualifizieren und zu vernetzen. Es leistet einen konkreten Beitrag zur Weiterentwicklung der Elternarbeit und zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Jugendsozialarbeit und den Hilfen zur Erziehung innerhalb der unterschiedlichen Angebote der Jugendhilfe.
- ❖ Das Programm „Kompetenzagenturen“ arbeitet bereits seit 2002 erfolgreich für besonders benachteiligte Jugendliche am Übergang Schule-Beruf. Mit hoher Motivation und Professionalität werden junge Menschen, die von Ausgrenzung bedroht sind, durch das komplexe Übergangssystem „gelotst“, um soziale und berufliche Integration zu erreichen. Das Programm ist dabei in der inhaltlichen und konzeptionellen Ausgestaltung einzigartig, denn es fördert vorwiegend junge Menschen, die von anderen Angeboten gar nicht erreicht werden.

Beide Programme können zudem durch die ausführliche Dokumentation ihrer pädagogischen Arbeit mit Hilfe eines elektronischen Fallaktensystems ihre erfolgreiche Arbeit gut nachweisen und fortlaufend evaluieren.

Die Realisierung dieser Programme setzt jeweils eine Kofinanzierung mit Mitteln der beteiligten Kommune oder auch des SGB II voraus. Damit Nachhaltigkeit und Planungssicherheit – auch für die zahlreichen Netzwerkpartner und die kommunale Jugendhilfeplanung – gewährleistet werden können, ist eine schnelle Sicherung der Weiterführung der beiden Programme in ihrer jetzigen Form bis 2013 – und nach Möglichkeit auch darüber hinaus – dringend geboten. Hierfür brauchen wir die Unterstützung des Bundes. Gleichzeitig sind zur Sicherung und Fortsetzung der Projektstandorte auch das umfassende Engagement der Kommunen sowie weitere Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds notwendig.



Daher werden wir uns als Bundesorganisationen auf den verschiedenen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass auch zukünftig europäische Mittel für die Jugendsozialarbeit zur Verfügung stehen. Gleichzeitig unterstützen wir unsere Träger und Projekte vor Ort möglichst umfassend bei ihren Bemühungen um weitere Finanzierungsmöglichkeiten zum Erhalt der Angebote.

Berlin, 30. November 2010



Walter Würfel  
Sprecher Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Fachlich verantwortliche Ansprechpartnerinnen zu diesem Papier:  
Sonja Kienzle, Referentin der BAG ÖRT; E-Mail: kienzle@bag-oert.de,  
Tel.: 030 / 40 50 57 69 14  
Brigitte Schindler, Referentin der BAG KJS;  
E-Mail: brigitte.schindler@jugendsozialarbeit.de, Tel.: 030 / 288 789 56

Ansprechpartnerin in der Stabsstelle des Kooperationsverbundes:  
Andrea Pingel; E-Mail: kooperationsverbund@jugendsozialarbeit.de,  
Tel.: 030/288 789 535



*Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich sieben bundesweite Organisationen zusammengeschlossen: die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), der Paritätische Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB). Als gemeinsame Koordinations- und Kommunikationsplattform dient der Kooperationsverbund der fachlichen Positionierung und Umsetzung jugendpolitischer Vorhaben. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.*